

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Rosa & Comp., Nr. 90618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hausnummer: 31. Jahrg.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post monatlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M., Einzelnummer 80 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 9spaltige Nonpareilzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 9spaltige Reflektanzzeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Anzeigebefreiung, Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 80 Pf.

Nr. 208

Dresden, Mittwoch den 8. September 1920

31. Jahrg.

## Vor Genf und Brüssel

Wie wir bereits mitteilten, hat Londoner Blättermeldungen zufolge die englische Regierung auf Grund der Verhandlungen des Obersten Rates in Spa der französischen und englischen Regierung für den 24. September eine neue Zusammenkunft, und zwar in Genf, zur Erörterung der Währungs- und Schuldenfrage vorgeschlagen. Die Einberufung dieser Konferenz aber stößt auf beständigen Widerstand bei den Franzosen. In ihrer Presse kommt deutlich der Gedanke zum Ausdruck, je später die Entscheidungsgewinnung festgesetzt werde, um so günstiger werde das Ergebnis für Frankreich sein. Die Leichtigkeit, mit der Deutschland seine Verpflichtungen von Spa erfüllte, beweise, daß die Voulouger Forderungen der Schuldhälften auf einer ganz falschen Einschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit fußten; falls sie mühten also erst ganz eingehende Erhebungen angestellt werden, ehe man in der Lage sei, zu prüfen, ob Deutschlands Genfer Vorschläge auch wirklich das Neueste dessen vorstellen, was es zahlen könne.

Bei Millerand kommt noch hinzu, daß die Spannung zwischen England und Frankreich infolge Meinungsverschiedenheiten in der russischen Frage keine günstige Konstellation für eine Allieriertenkonferenz gegen uns und zu gewöhnlichen Schein; denn nach dem Wunsch des französischen Ministerpräsidenten sollen auch in Genf, ähnlich wie in Spa, nicht Verhandlungen mit uns gepflogen werden, sondern wir einzig die vorher festgelegten Forderungen der Sieger entgegennehmen.

In diesen Tagen wird die Einladung der Entente an Deutschland zu den Konferenzen in Genf und Brüssel erfolgt. Genf wird der Regelung der Wiedergutmachungsfrage dienen, während in Brüssel eine Stabilisierung der Valuta versucht werden soll, wozu wohl sämtliche an den Verhandlungen beteiligten Mächte das gleiche Interesse haben werden. Brüssel wird für die Revision des Vertrags von Versailles wichtiger sein und auch die Verhandlungen über die Wiedergutmachung in Genf sehr wahrscheinlich in weitestem Maße betreffen. In dem Augenblick, wo die ententistischen Finanzmächte an den wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands Interesse haben müssen, wird für sie das Wort von der Haltung der Ruhr, die Milch liefern soll, nicht so sehr zentral sein wie bisher und der unheilvolle Einfluß des einzigen aggressiven Militarismus des Kontinents, des Militarismus Frankreichs, sicherlich mehr als bisher ausgeschaltet werden. Folglich müssen die Staatsmänner der französischen Republik, die heute nur noch in den sozialistischen Formen Fochs und des Weltkrieges denken zu können scheinen, unsere größten Widersacher sein.

Die ententistische Presse beschäftigt sich sehr eingehend mit den Vorbereitungen für Genf und Brüssel. Besonders ist die französische Presse sehr daran interessiert, nach der Konferenz eine Einheitsfront der Alliierten in den angebotenen finanziellen Fragen herzustellen. Angesichts dessen ist für die deutsche Reichsregierung insbesondere für den Finanz- und den Wiederaufbau-Minister, die Frage aufzuwerfen, wie weit ihre Vorbereitungen für Brüssel und Genf gebieten sind. Seit der Vorlage eines Wones über Sachlieferungen in Spa haben wir in Deutschland so gut wie gar nichts über die Wiedergutmachungsfrage gehört. Wenn wir nach Brüssel und Genf gehen, müssen wir bis auf den letzten Nagel vorbereitet sein. Das hat man von den Vertretern der deutschen Reichsregierung in Spa nicht behaupten können. Das Reichswehr-Ministers Vorschläge waren für Pressekonferenzen, aber nicht für Spa tauglich, während man den Verantwortlichen für die Währungsfrage, den französischen Minister des Innern, mit einer Versöhnung von über 24 Stunden, also zu spät, in Erfahrung bringen ließ. Die Unterlagen der deutschen Unterhändler in der Währungsfrage müssen außerst mangelhaft gewesen sein. Man kann den Standpunkt des ehrlichen Wälers behaupten. Man darf sich aber nicht auf ein Klein festlegen, während die Sachverhältnisse zu anderen Ergebnissen führen, weil vorher die Braunkohle nicht voll und ganz in Betracht gestellt worden war. Unsere Vorbereitungen für Genf waren ungenügend. Man hatte zwar Vorschläge in Genf eingereicht, aber gerade weil diese Vorschläge in dem Rahmen und allgemein gehalten waren, haben wir unsere Gegenspieler nicht die Überzeugung von der Durchführbarkeit dieser Vorschläge heilbringen können. Es wird nötig sein, für die kommenden Verhandlungen die Leistungen der vorgesehenen amtlichen Vorkonferenzen, der Nachverhandlungen der Industrie, der industriellen Selbstverwaltungskörper, wie das der deutsche in Spa vorgesehene Plan vorliegt, genau festzustellen. Unumgänglich notwendig wird es sein, daß das Urteil des Reichswirtschaftsrates vor den Konferenzen in Brüssel und Genf gehört wird und die Namen der deutschen Delegierten der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Die Ergebnisse in Genf sollen ja nach unserer Meinung nicht im Rahmen des Friedensvertrages und der Wiedergutmachung stehen bleiben, sondern über den Vertrag hinaus in der Zusammenarbeit der Völker neue und notwendige Beziehungen anbahnen.

Wie ausgedrückt wird die deutsche Delegation nach Genf gehen? Sicherlich wird die Entente mit ganz genau herausgearbeiteten Forderungen aufwarten. Die deutsche Delegation kann der Entente mit mehr oder weniger Verhandlungsfähigkeit die Überzeugung heibringen, daß wir leisten wollen, was in unseren Kräften steht, und so die ententistischen

## Die sächsische Regierung an die Erwerbslosen!

Die Demonstrationen der Erwerbslosen in den letzten Wochen haben in einzelnen Fällen zu Gewalttätigkeiten und Ungeheuerlichkeiten geführt. Die Einwohnerschaft Dresdens erhebt die berechtigte Forderung, daß die öffentliche Ordnung gesichert werde.

Die Erwerbslosen verlangen entweder Arbeit oder ausreichende Unterstützung. Beide Forderungen sind berechtigt. Die Regierung kennt die Notlage der Erwerbslosen. Sie ist unablässig bemüht, diese Notlage zu mildern und für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Es steht fest, daß dadurch in nächster Zeit vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen werden wird. Die verlangte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung werden Mitglieder der sächsischen Regierung bei der Reichsregierung persönlich mit allem Nachdruck vertreten.

Es ist die sächsische Regierung hiernach ihrer Verpflichtungen den Erwerbslosen gegenüber bewußt, so muß sie andererseits nachdrücklich davor warnen, daß sich die Erwerbslosen zu Ungeheuerlichkeiten hinreißen und auspußchen lassen.

Die Regierung ist nach wie vor bereit, mit jeder von den Erwerbslosen ordnungsgemäß gewählten Kommission zu verhandeln, lehnt es aber ab, unter dem Druck von Demonstrationen unerfüllbare Zusagen zu machen. Sie ersucht, mit Rücksicht auf die Zwecklosigkeit weiterer Demonstrationen wegen der dadurch eintretenden Verunreinigung und Unsicherheit von der Teilnahme an solchen Demonstrationen abzugehen. Zur Verhinderung von Ungeheuerlichkeiten wird die Regierung von ihren Nachmitteln Gebrauch machen.

Dresden, den 8. September 1920.

Das Gesamtministerium.  
Bischof, Ministerpräsident.

Forderungen auf ein vernünftiges und erfüllbares Maß zurückzuführen. Dann ist die Regierung des 6. Juni am Ende ihres Vatelns. Sie kann den Geist, der heute den Vertrag von Versailles auslegt und die Wiedergutmachungskommission erfüllt, an deren Spitze der Präsident während des Weltkrieges, Volcaré, nicht überwinden. Dieser Geist tötet, wo doch Geist lebendig machen könnte. Und gerade die Wiedergutmachungskommission ist ein Apparat, für den die persönliche Anschauung der Vertreter, die ja nach dem Wortlaut des Vertrages von Versailles nach bestem Glauben, Willen, Wissen und Gewissen urteilen sollen, ausschlaggebend sein kann. Was dem Geist von Versailles entgegengekehrt werden muß, das ist der Geist der Kultursolidarität aller Völker und aller Menschen, der Bestimmung auf wahre Humanität, unerschrocken kosmopolitischer Geist, wie die bürgerliche Gegnerschaft die Arbeiter-Internationale in Erinnerung an

eine unpraktische Schwarmgeister des deutschen Klassizismus gern zu nennen beliebt, aber kosmopolitischer Geist mit recht viel praktisch-politischem Einschlag: Der Geist, der allein das schlechtere-lähmende Gift der Resignation angefaßt der Ungeheuerlichkeiten des Versailles Vertrages bannen konnte und so seine erste tiefe Wirkung an uns tat. Es blieb einem alten Kämpfer der Arbeiterbewegung, Genossen Gue, überlassen, das Bewußtsein der Wächter des Versailles Vertrages in Spa durch Verungung auf die Arbeitssolidarität und auf die internationale zu schärfen. Neben die Köpfe der Leute des Altbaus hinweg, die um Kohle und Soldaten feilschten, haben eigentlich nur zwei Männer für die Zukunft verhandelt: Der weltfremde glaubensfrohe Bergarbeiterführer Gue und der Anwalt des ententistischen Kapitalismus und Imperialismus, der idiosyncratische Walliser Lloyd George.

Der Wiedergutmachungs-Kongreß und der Kongreß der Zweiten Internationale haben beide Genf zu ihrem Unterstand gewählt. Ohne diese Zufälligkeit bräut wohl jeder die beiden Kongresse in Verbindung, und zwar werden die Sozialisten Deutschlands mit einem Unbehagen an den Genfer Kongreß zurückdenken. Der Genfer Kongreß hätte die antizipatorische Wille gehabt, mit mehr Energie und sozialistischer Erkenntnis auf die Unwahrscheinlichkeit der bei der Entente gangbaren Schuldfornel hinzuweisen. Man hat in Genf allerdings gegen die einseitigen Verträge von Versailles protestiert. Aber man hat nicht gesagt, daß dem deutschen Volke die Forderung der Wiedergutmachungs-Politik mehr an der Gurgel liegt als der deutsche Kapitalismus. Man hat in Genf den nationalitätlichen Strömungen anderer Länder viel zu sehr nachgegeben und demzufolge nicht die Entschlossenheit ausbringen können, rund heraus zu erklären: Die Internationale wehrt sich mit allen Mitteln gegen die Praxis einer Wiedergutmachung, die die Existenz eines Kulturvolkes auf schmierige Gefährdung und den Wiederaufbau Europas illusorisch macht. Die Sektionen der Genfer Internationale sind so weit intakt, daß eine solche energische Resolution im Geiste der Arbeiterolidarität und der Rettung der europäischen Kultur ihre Wirkungen auf die Sozialisten aller Länder nicht verfehlt und auf die Verhandlungen in Brüssel und Genf abgedrückt hätte.

## Erdbeben in Oberitalien

Eigene Drahtmeldung

Rom, 8. September. Oberitalien ist gestern von hartem Erdbeben heimgesucht worden, die in verschiedenen Gegenden schweren Schaden angerichtet und auch Menschenleben gefordert haben. Am schwersten ist anscheinend das ladinische Gebiet betroffen worden. Der Ort Fivizzano, der etwa 17000 Einwohner zählt, ist vollkommen zerstört worden. Auch Solera soll vernichtet sein. Da die Telefon- und Telegraphenverbindungen vollkommen zerstört sind, konnten Nachrichten über das Schicksal der Einwohner nicht eingeschoben werden. Von den Orten Siverano, Rorni und Montignoso stehen nur noch Ruinen. Aus vielen andern Orten liegen ähnliche Meldungen vor.

Berlin, 8. September. Das Erdbeben ist gestern nachmittag von einigen deutschen Erdbebenwarten beobachtet worden.

## Unabhängige Beständnisse

Je mehr sich der rechte Flügel der U. S. V. gegen links wenden muß um so zahlreicher werden jene Beständnisse und Erkenntnisse, die man bisher als reaktionär erklärte, wenn sie von unserer Seite kamen. So schreibt Frau Fied in der Freiheit gegen die Moskauer Bedingungen:

Von welcher grenzenloser Menschenverachtung muß Lenin erfüllt sein (von ihm sollen die schärfsten Bestimmungen herrühren), wenn er glaubt, uns so Inedien zu können, wie es die bekanntgegebenen Anschlagbedingungen besagen, wenn er glaubt, wir würden das schlucken!

Wie ist es möglich, daß Sozialisten, die für die Befreiung des Proletariats aus wirtschaftlicher Abhängigkeit und geistiger Armut kämpfen, auch nur auf den Gedanken kommen können, ihre Kampfgenossen anderer Länder geistig in Fesseln legen und das Instrument ihres Kampfes, ihre Parteiorganisation, zerbrechen zu wollen?

Unser Ansicht nach spricht aus der bolschewistischen Diktaturidee seit jeder eine „grenzenlose Menschenverachtung“ — schon aber die Unabhängigen die Schritte der Diktatorin einbeinhalten! Denn schließlich hängt der Mensch doch nicht erst beim U. S. V. Wann an.

Ein weiteres interessantes Beständnis finden wir in der Dienstag-Nummer der Dresdner Unabhängigen Volkszeitung. Dort erklärte sich ein Herr Schapel, der schon seit den Stappagen der U. S. V. angehört, für Westan. Die U. S. V. erklärt dazu:

Wer vor einem guten Jahre noch öffentlich für das Völkertum sprach, und dabei sogar einen Neffen unserer Partei als Gegner vor sich hatte, der mußte um so mehr zur Zurückhaltung genötigt sein und wenig Luft verschöpfen, nach fünf Monaten Mitgliedschaft der Partei die West zu heißen und sich als ihr Helfer von der „Schaukelpolitik“ vorzugeben. Das ist ja doch ein harter Stuß.

Auf diese Bemerkungen wollen wir uns beschränken. Wir haben sie nicht nur wegen des speziellen Falles gemacht, sondern weil es Mode zu werden scheint, daß häufig Genossen, die am wenigsten vom Sozialismus verstehen, sich am

lautesten als die Vertreter des reinen Prinzips empfehlen. Das ist eine Gefahr für die Partei. Wir müssen und wollen ihr vorbeugen.

Sie wollen der Gefahr vorbeugen, herbe, da diese Schreier und Keulinger den Ton in den Verammlungen der U. S. V. angeben! Aus Freiheit und Demagogie hat man die Schreier, die am wenigsten vom Sozialismus verstehen, gewähren lassen — jetzt kommt die „Vorbeugung“ etwas zu spät.

## „Der rote Gott!“

Aus Waldenburg in Schlesien wird uns geschrieben: Das niederschleifische Inhablerverder ist dank der politischen Unabhängigkeit der Unabhängigen und Kommunisten fortgesetzt der Tummelplatz allerlei dunkler Elemente, die weder für den Sozialismus noch für den Kommunismus, sondern nur für ihre eigenen Taschen arbeiten, sofern sie nicht gar im Dienste des Kapitalisten stehen. Vor den Reichstagswahlen wurde bereits ein unabhängiger Agitator, ein junger Polek, der sich Edmund und Bruno Wahl nannte und der sich behauptete, die Sozialdemokratie in sechs Wochen zu erledigen, sofern er von den Unabhängigen als „Parteiexkretär“ angestellt (!) werde, als Schwindler und Sozialist abgelehnt. Als die sozialdemokratische Zehnende Versammlung diesem Fährlichen warnte, wurde er von den Unabhängigen mit Schimpfen beworfen. Seit jener Zeit haben sich die Unabhängigen getrennt, den mittlerweile als Verräter entlarvten Wahl aus der Partei zu entfernen, und noch vor den Reichstagswahlen haben wir das Fährliche als — deutschnationalen Führer im Kreise Trebnitz, der Domäne des früheren ungeliebten Königs von Preußen, wieder!

Einige Wochen nach den Reichstagswahlen tauchte wieder eine unabhängige Größe im Waldenburger Kreis auf, ein Mann, der sich Wille nannte, angeblich aus Weim. Er hielt für 50 Pf. ein „rot-gelb“ Vorträge über das Thema: „Der rote Gott!“ und schimpfte von gemeinen Schimpfereien und Verdächtigungen sozialdemokratischer Führer, über Parteiführer und unaufrichtigen Parteimitglieder. Die schlesische Reichswehr warnte ebenfalls vor dem „roten“ Schwärzer, der es offenbar nur auf das Kommando angeht.